



Tunesien in (post)revolutionärer Transformation

Eine Momentaufnahme

RALF MELZER
Januar 2011

- Binnen eines Monats hat eine politisch-soziale Protestbewegung von unten das Regime Ben Ali zum Sturz gebracht
- In tagelangen Gefechten behielt die Armee die Oberhand gegen Angehörige von Ben Alis Präsidiargarde
- Die Proteste gegen die Beteiligung ehemaliger RCD-Minister haben zu einer Umbildung der Übergangsregierung geführt; der Prozess der politischen Erneuerung bleibt fragil
- Präsidentschaftswahlen werden voraussichtlich nicht binnen 60 Tagen sondern erst im Juni 2011 stattfinden
- Ein neu gewähltes Parlament wird möglicherweise als verfassungsgebende Versammlung fungieren
- Tunesien braucht jetzt schnell verlässliche Unterstützung, um den demokratischen Übergang zu stabilisieren



Tunesien hat Geschichte geschrieben. Zum ersten Mal ist in einem arabischen Land ein autokratisch regierender Herrscher von der eigenen Bevölkerung gestürzt worden. Und einen klangvollen Namen hat das ganze auch bekommen: „Jasmin-Revolution“. Schon wenige Tage nach dem Umsturz hat sich der Alltag wieder weitgehend normalisiert. Die öffentlichen Verkehrsmittel fahren, die meisten Läden und Cafés haben geöffnet, die Barrikaden sind abgebaut. Alles fast wie immer wären da nicht die Panzer auf den Straßen und Plätzen. Es ist ein anderes, ein neues Tunesien. Ein Tunesien in (post)revolutionärer Transformation.

Man hat den Eindruck, die Tunesier holen innerhalb von Tagen nach, was ihnen jahrzehntlang verwehrt worden ist: Überall wird diskutiert, analysiert, gefordert. Plötzlich gibt es an den Kiosken „Le Monde“, „Libération“ und „Le Canard enchaîné“. In Schaufenstern stehen früher verbotene Bücher. Youtube und andere Internetseiten sind nicht mehr blockiert. In den Medien finden kritische Debatten zu politischen Fragen statt, im Musikprogramm laufen „Wind of change“ von den Scorpions und „Talking about the revolution“ von Tracy Chapman. Inzwischen hat der Justizminister einen internationalen Haftbefehl gegen Ben Ali und seine Frau wegen „illegaler Aneignung von Vermögen“ und „illegaler Devisentransfers ins Ausland“ beantragt. Ihre Konten in der Schweiz wurden gesperrt, die EU wird diesem Beispiel in Kürze folgen. Die noch vor wenigen Wochen allmächtige Regierungspartei Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) ist implodiert, die Parteizentrale verriegelt, Immobilien und Inventar beschlagnahmt, das Politbüro aufgelöst. Das Informationsministerium ist abgeschafft. Drei Kommissionen wurden zeitgleich mit der Übergangsregierung ins Leben gerufen: Die erste für politische Reformen unter Leitung von Yadh Ben Achour, einem der bekanntesten Intellektuellen des Landes, die zweite zur Aufklärung von Korruption und Bereicherungen und die dritte zur Aufarbeitung der Geschehnisse seit dem 17. Dezember.

Unterdessen ist das tunesische Beispiel dabei, Schule zu machen. Demonstrationen in Algerien, in Jordanien, im Yemen und vor allem Ägypten zeigen, dass der Funke dabei ist überzuspringen. Nicht nur die täglichen Fernsehbilder auf Al Jazeera wirken elektrisierend. Längst ist die junge Generation in der arabischen Welt grenzüberschreitend via Internetforen miteinander vernetzt. Die autokratischen Herrscher der Region sind aufgeschreckt. Öffentlich bekundete als einziger arabischer

Staatschef Oberst Ghaddafi sein Bedauern über das Ende der Ära Ben Ali.

Die Dynamik einer Bewegung von unten

An die einhundert Menschen, so Schätzungen, haben ihr Leben verloren, seit die soziale und politische Protestbewegung am 17. Dezember 2010 ihren Anfang genommen hatte. Sie wurde ausgelöst durch die Verzweiflungstat des 25jährigen arbeitslosen Hochschulabsolventen Mohamed Bouaziz, der sich mit Benzin übergoss und anzündete. Im Grunde nicht überraschend, ist ein explosives Gemisch zum Ausbruch gekommen, das schon länger unter der Oberfläche von law and order, positiven Wirtschaftsdaten und unbezweifelbaren Entwicklungsfortschritten gegoren hatte. Ein Gemisch aus Arbeitslosigkeit und verbreiteter Perspektivlosigkeit häufig gut ausgebildeter junger Leute, Mangel an legalen Möglichkeiten, Unzufriedenheit zu artikulieren sowie Ohnmacht gegenüber Korruption und dem offen zur Schau getragenen Überfluss einer kleinen, nicht selten zur präsidentialen Familie oder ihrem Umfeld gehörenden neureichen Oberschicht. „Verteilt den Wohlstand des Landes“ und „Kein Wachstum ohne Freiheit“ war auf Transparenten zu lesen.

Weniger als einen Monat dauerte es, bis die zur politischen Massenbewegung gewordenen Proteste den Präsidenten, seine Frau Leila Trabelsi und weitere Angehörige außer Landes getrieben hatten. Eine Bewegung von unten, die von niemandem gesteuert oder kontrolliert wurde: Von keiner Partei, keinem Oppositionspolitiker, nicht einmal von der Gewerkschaft und auch nicht von Reformkräften innerhalb des RCD, die sich lange schon Ben Ali und erst recht den korrupten Familienclan der Trabelsis weggewünscht hatten.

Mehrere Faktoren waren es, die diese enorme und unvorhersehbare Dynamik erzeugt haben: Zum einen die Mobilisierung durch mobile Kommunikation und Internet. Blogs, Twitter und insbesondere Facebook waren die Foren, über die Tag und Nacht im Minutentakt Nachrichten, Filme und Fotos gepostet wurden und sich innerhalb kürzester Zeit über das ganze Land verbreiteten. „Thank you Facebook“ steht jetzt an der Avenue Habib Bourguiba auf eine Häuserwand gesprüht. Ein weiterer Faktor war die unverhältnismäßige Härte, mit der die Polizei von Anfang an gegen die Protestierenden auf der Straße vorging. Die Trauer über die Toten und die Empörung über die Sicherheitskräfte haben maßgeblich zur Solidarisierung weiter Teile der



Bevölkerung mit dem Aufbegehren des sozialen Prekariats beigetragen. Das Fass zum Überlaufen brachten die Reaktionen Ben Alis ganz nach altem Muster: Eine realitätsferne Mischung aus Versprechungen, Drohungen und dem Versuch, die vor allem von vielen jungen Menschen getragene Protestbewegung zu kriminalisieren. Jede der drei Fernsehansprachen kam zu spät, traf nicht den Nerv und zeigte vor allem eines: Den vollständigen Glaubwürdigkeitsverlust des Präsidenten.

Der schwierige Prozess des Übergangs

Knapp zwei Wochen nach der Flucht Ben Alis am 14. Januar 2011 bleibt der politische Prozess fragil. Der vom Interims-Staatspräsident und Parlamentspräsident Foued M'bazzaa eingesetzten Regierung der nationalen Einheit unter Ministerpräsident Mohamed Ghannouchi gelang es nicht, Tritt zu fassen. Vielmehr blieb die Übergangsregierung unter massivem Druck der Bevölkerung, die sich gegen die starke Präsenz von RCD-Vertretern, darunter in den Schlüsselressorts Außen (Kamel Morjane), Innen (Ahmed Friaa), Verteidigung (Ridha Grira) und Finanzen (Ridha Chalghoum) wandte. Da half es weder, dass alle amtierenden früheren RCD-Minister wie schon zuvor M'bazzaa und Ghannouchi aus der Partei ausgetreten sind, noch dass Außenminister Morjane als integer gilt und bis weit ins Oppositionslager hinein Respekt genießt. Den Demonstranten reichte all das nicht. Zum Teil spontan und unkoordiniert gingen die Kundgebungen und Streiks weiter, bei denen sich die politische Forderung nach Rückzug der (Ex-)RCD-Minister mit sozialen Forderungen mischten. Neue Gremien mit Vertretern der Zivilgesellschaft wurden gegründet, die die Übergangsregierung begleiten oder auch ersetzen sollen. Tausende Demonstranten sind aus dem Landesinneren nach Tunis gekommen und belagern – trotz der nach wie vor geltenden Ausgangssperre – Tag und Nacht den Amtssitz des Premierministers. Inzwischen ist das Gebiet weiträumig abgesperrt.

Am Abend des 27.01.2011 (Redaktionsschluss) wurde eine bereits für den Vortag angekündigte Kabinettsumbildung bekannt gegeben. Fast alle Ex-RCD-Minister haben ihre Posten verloren, darunter auch Außenminister Morjane. Dem zweiten Übergangskabinetts gehören damit in erster Linie Technokraten und Experten, von denen einige durch die UGTT benannt wurden, sowie Oppositionspolitiker an. Neuer Außenminister ist mit Ahmed Ouneis ein früherer Botschafter und oppositio-

ner Kopf, mit dem die Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien seit Jahren zusammenarbeitet.

Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob der revolutionäre Elan anhält, ob sich der politische Prozess der demokratischen Erneuerung einleiten lässt, wie freie und transparente Wahlen gewährleistet aber auch wie Brücken zwischen den politischen Lagern gebaut werden können. So verständlich es ist, dass viele Menschen niemanden aus Ben-Ali-Zeiten mehr in führenden politischen Funktionen sehen wollen, so richtig war im Prinzip der Ansatz, die Regierung der nationalen Einheit auf ein breites Fundament zu stellen, um möglichst viele Kräfte und Gruppen in den Übergangsprozess zu integrieren. In totaler politischer Konfrontation mit dem alten Establishment wird das nur schwer gelingen. Es gibt allein 130.000 Angehörige der Sicherheitskräfte des Innenministeriums. Ihre Loyalität mit der Übergangsregierung und dem weiteren politischen Prozess ist keineswegs selbstverständlich, und der Ausnahmezustand ist noch nicht aufgehoben.

Klar scheint inzwischen zu sein, dass die von der Verfassung vorgegebene 60tägige Frist bis zur Neuwahl eines Präsidenten keine Anwendung finden wird. Vielmehr steht die Verfassung selbst zur Disposition. Auf welchem Weg Verfassungsänderungen erfolgen sollen, ist noch unklar. Möglicherweise durch ein neu gewähltes verfassungsgebendes Parlament oder auch durch die Abstimmung der Bevölkerung über konkrete, von einer Kommission erarbeitete Vorschläge. Ein internationaler Erfahrungsaustausch unter Einbeziehung von auf Verfassungsfragen spezialisierten Nichtregierungsorganisationen könnte wertvolle Expertise für die weiteren Schritte beisteuern. Als Wahltermin ist derzeit Juni 2011 im Gespräch, was die strukturell schwachen bisherigen Oppositionsparteien in die Lage versetzen würde, sich einigermaßen vorzubereiten. Eine wichtige Voraussetzung, damit Parteien und Kandidaten ihre Rolle im demokratischen Prozess auch wirklich ausfüllen können.

Die Rolle des Militärs

Am 24.01.2011 sprach General Rachid Ammar – der kurz vor Ben Alis Sturz geschasst (weil er sich geweigert hatte, auf Demonstranten schießen zu lassen) und inzwischen wieder eingesetzter Armeechef – zu den Demonstranten am Sitz des Premierministers und forderte sie auf, Proteste und Streiks einzustellen. Das Militär, so der General, sei der „Garant der Revolution“.



Und die dürfe nicht durch Anarchie und Chaos gefährdet werden. Dass sich die Armee als Garant der Revolution sieht, könnte darauf hinauslaufen, dass sie bei andauernder Instabilität mehr noch als jetzt schon die Zügel in die Hand nimmt.

Dass das aus 45.000 Männern und Frauen bestehende Militär dabei womöglich eine politische Kehrtwende einschlägt und an einem Versuch der Wiederherstellung des Ancien Régime oder gar einer Rückkehr Ben Alis selbst mitwirken könnte, ist derzeit aber eher unwahrscheinlich. Nicht nur genießt die Armee in der Bevölkerung hohes Ansehen, weil sie nicht Teil des polizeilichen Repressionsapparates war. Vor allem hat sie während der Wochen der Proteste und des Umsturzes sehr besonnen agiert, den Abgang Ben Alis letztlich mit erwirkt und anschließend das Machtvakuum ausgefüllt. Die reguläre Armee war es, die sich tagelange Gefechte mit Milizen und versprengten Angehörigen von Ben Alis gut ausgebildeter Präsidialgarde lieferte und dadurch wieder relative Ruhe hergestellt hat. Der frühere Chef der Präsidialgardisten und zahlreiche seiner Gefolgsleute wurden verhaftet. Manche konnten allerdings untertauchen und stellen noch immer ein Sicherheitsrisiko dar.

Die Rolle der UGTT

Für die UGTT steht nicht mehr und nicht weniger als ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität auf dem Spiel. Denn als Institution war sie seit dem 17. Dezember 2010 nicht unbedingt der Motor der Protestbewegung. Zwar sind zahlreiche Gewerkschafter von Anfang an unter den Demonstranten gewesen. Auch wurden die Kundgebungen zum Teil von lokalen UGTT-Strukturen mit organisiert. Auf Führungsebene aber blieb die UGTT passiv, taktierend und gespalten. Ganz offensichtlich war von der Gewerkschaftsspitze der Druck im sozialen Dampfkessel unterschätzt worden. Die bekannten Defizite machen ihr nun verstärkt zu schaffen: Überalterung der Führungsriege, mangelnde Repräsentanz von Jugend und Frauen, schwacher Organisationsgrad im Privatsektor (in dem nur 3% ihrer Mitglieder arbeiten) und – mit Ausnahme von UGTT-Gewerkschaften im Bildungssektor – fehlende Akzeptanz unter Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten.

Mit den über das Land gestaffelten Generalstreiks in den Tagen vor Ben Alis Sturz gelang es der UGTT, eine stärker koordinierende Rolle zu übernehmen. Und in den chaotischen Tagen danach, als Bürgerinitiativen die

Verteidigung ihrer Viertel gegen Plünderer und Milizen selbst organisierten, stellten sich Gewerkschafter schützend vor ihre Betriebe. Nur einen Tag nach Bildung des ersten Übergangskabinetts zog die UGTT die drei von ihr benannten Minister wieder zurück und schloss sich der Forderung an, alle Minister, die noch aus der alten Regierung stammten, müssten die Übergangsregierung verlassen. Seitdem durchläuft die UGTT eine Phase der Verunsicherung und des Durcheinanders. Sie mobilisierte gegen die Übergangsregierung und rief zu Streiks auf, machte dabei aber mehr als alles andere den Eindruck, selbst von den Verhältnissen getrieben zu sein. Zumindest teilweise scheint ihr die Kontrolle über die Basis entglitten. Zudem werden intern Stimmen laut, die den Rücktritt des UGTT-Vorsitzenden Abdessalem Jrad fordern, weil er zu eng mit dem alten Regime kooperiert habe. In der Phase der Bildung des zweiten Übergangskabinetts spielte die UGTT zuletzt wieder eine konstruktive Rolle, auch wenn sie nicht direkt in der Regierung vertreten ist. Die UGTT wird in den kommenden Monaten ihre gesellschaftspolitische Funktion unter den veränderten Rahmenbedingungen definieren müssen. Auch sie steht vor großen und neuen Herausforderungen. Im politischen Erneuerungsprozess der Post-Ben-Ali-Ära wird die UGTT weiter eine zentrale Rolle spielen.

Auf dem Weg zu einer neuen politischen Landschaft

Drei Vertreter von Parteien, die unter dem alten System zur wirklichen Opposition gehört hatten, waren in der ersten Übergangsregierung vertreten: Mustapha Ben Jaafar, Vorsitzender des sozialdemokratischen Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés (FDTL), Ahmed Brahim, Vorsitzender der ebenfalls sozialdemokratischen Bewegung Ettajdid, und Ahmed Néjib Chebbi von der marxistisch orientierten Parti Démocrate Progressiste (PDP). Wie die UGTT-nahen Minister zog sich Ben Jaafar aber schon 24 Stunden später wieder aus dem Kabinett zurück (offenbar auf Druck seiner Partei). Der zweiten Übergangsregierung gehört er nicht mehr an.

Interessant wird es sein zu beobachten, ob der Annäherungsprozess, zu dem es unter den alten Verhältnissen zwischen Ettajdid und FDTL (SI-Beobachterstatus) gekommen ist, andauern wird und ob es zu einer gemeinsamen Liste und einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten kommen wird. Beide Parteien hatten sich noch unter Ben Ali zur Plattform „Alliance de la Citoy-



enneté et de l'Égalité" zusammengeschlossen, einem Bündnis, dem auch die Gruppe „Réforme et Développement“ (eine Abspaltung der PDP) und eine neue Partei namens „Parti du travail patriotique et démocratique“ (PTPD) sowie unabhängige Persönlichkeiten angehören. Ettajdid („Erneuerung“), die 1993 gegründete Nachfolgerin der Kommunistischen Partei, hatte sich erstmals 2003 unter der Bezeichnung „Initiative démocratique“ für unabhängige Aktivisten geöffnet.

Moncef Marzouki, ein weiterer Oppositioneller aus dem linken laizistischen Spektrum, kehrte inzwischen aus dem französischen Exil zurück und kündigte bereits seine Präsidentschaftskandidatur an. Dagegen wartet Rached Ghannouchi, Chef der in Tunesien (noch) verbotenen islamistischen Ennahdah-Bewegung, in seinem Londoner Exil offenbar noch auf das Inkrafttreten einer allgemeinen Amnestie. Er erklärte aber bereits, nach Tunesien zurückkehren zu wollen, allerdings beabsichtige er nicht, bei Präsidentenwahlen anzutreten. Sehr wohl aber will Ennahdah an Parlamentswahlen teilnehmen. Darüber, wie groß das Potential in der Bevölkerung für islamistische Positionen ist, kann nur spekuliert werden. Mit einem Durchmarsch der Islamisten ist allerdings nicht zu rechnen. Trotz politisch schwieriger Bedingungen hat sich in Tunesien eine selbstbewusste Zivilgesellschaft herausgebildet, die die Errungenschaften gesellschaftlicher Modernisierung verteidigen wird. Insbesondere Frauen wissen angesichts weitgehender rechtlicher und gesellschaftlicher Gleichstellung, was sie zu verlieren haben. Insofern ist es unwahrscheinlich, dass es Islamisten gelingen wird, nachträglich auf den Zug einer Bewegung aufzuspringen, mit der sie nicht das mindeste zu tun haben. Es bleibt abzuwarten, ob Ennahdah entsprechend ihrer Ankündigungen bereit sein wird, den gesellschaftlichen Konsens in Tunesien zu teilen und sich als eine politische Kraft in ein pluralistisches System zu integrieren. Wenn das geschieht, sollte man ihr selbstverständlich auch die Mitwirkung im demokratischen Prozess ermöglichen.

Vieles deutet darauf hin, dass sich aus dem alten RCD heraus eine neue politische Kraft formieren wird. Allen voran Kamel Morjane, aber auch Nouri Jouini (früher Minister für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit) oder der ehemalige Außenstaatssekretär und Bildungsminister Hatem Ben Salem dürften zu denjenigen gehören, die auch im neuen Tunesien politisch eine Rolle spielen werden. Interims-Präsident M'bazzaa, ein Politiker noch aus der Ära Bourguiba, und Premierminister Ghannouchi haben dagegen keine

persönlichen Ambitionen. Ghannouchi, der nie ein Scharfmacher oder Ideologe war sondern immer eine Technokrat der Macht, hat bereits angekündigt, sich nach der Übergangszeit aus der Politik zurückziehen zu wollen.

Zwischen Freude, Stolz und Sorgen: Der unsichere Blick in die Zukunft

300.000 neue Arbeitsplätze bis 2012: So lautete eine der Ankündigungen Ben Alis in seiner zweiten und vorletzten Fernsehansprache nach Beginn der Protestbewegung. Wie das bewerkstelligt werden sollte, sagte er nicht. Aber es glaubte ihm sowieso fast niemand mehr. Jetzt steht zu befürchten, dass es zumindest vorübergehend vielen Menschen nicht besser sondern eher schlechter gehen wird. Die Arbeitslosenquote, nach amtlichen Angaben knapp 15%, dürfte sich tatsächlich auf mindestens 25% belaufen, die Arbeitslosigkeit unter jungen Akademikern wird auf 30% geschätzt. In die Freude und den Stolz über die erfolgreiche Bewegung mischen sich mehr und mehr Sorgen hinsichtlich der weiteren Entwicklung. Die Schäden, die der tunesischen Wirtschaft durch den vorübergehenden Zusammenbruch der Binnenwirtschaft und durch Exportausfälle entstanden sind, wurden von Innenminister Friaa am 17.01.2011 auf umgerechnet rund 1,5 Milliarden Euro beziffert. Je länger die unruhige Lage in Tunesien andauert, desto mehr steht zu befürchten, dass nicht nur ausländische Investitionen sondern vor allem auch die Touristen in der kommenden Saison ausbleiben werden. Über 2,8 Millionen Urlauber kamen 2010 nach Tunesien. 6,5% des tunesischen Bruttoinlandsproduktes macht der Tourismussektor aus. Schätzungsweise 300.000 Arbeitsplätze hängen daran, und viele davon dürften wegbrechen, obwohl während der Unruhen und des Umsturzes kein einziger Tourist zu Schaden gekommen ist und sich zu keinem Zeitpunkt Demonstrationen gegen Ausländer, ausländische Institutionen oder „den Westen“ gerichtet haben.

Tunesien sieht sich für die kommenden Monate ökonomisch wie politisch vor großen Herausforderungen. In dieser schwierigen Situation braucht das Land schnell verlässliche Hilfe, die den noch fragilen demokratischen Transformationsprozess abstützt. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Medien zu, einem Bereich, in dem die an anderen Orten der Welt in vergleichbaren Situationen gewonnenen Erfahrungen jetzt Tunesien zugute kommen können. Vor allem gilt es, die Vorbereitung und Durchführung freier und transparenter Wahlen zu



gewährleisten. Hier kann die internationale Gemeinschaft wichtige Unterstützung leisten. Es ist mit hoher Mobilisierung und Wahlbeteiligung zu rechnen. Schon jetzt haben sich viele Menschen in die Wahllisten eintragen lassen. Zusätzliche Anstrengungen und der Einsatz zusätzlicher Mittel sind in der Zusammenarbeit mit Tunesien nun gefragt. Vonseiten Europas wären zudem die rasche Fortsetzung der Verhandlungen mit Tunesien über ein Statut Avancé mit der EU und weitere Handelserleichterungen im Agrarsektor wichtige und ermutigende Signale. Tunesien hat Geschichte geschrieben. Im nächsten Kapitel des Geschichtsbuches wird stehen, ob die „Jasmin-Revolution“ ein gutes Ende genommen hat.



Über den Autor

Dr. Ralf Melzer, seit 2009 Leiter der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

Sara Brombart
Ref. Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7425 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
sara.brombart@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN Nummer 978-3-86872-632-9